



Gut. Günstig. Grün. Wir sorgen vor für Bayern!

Grüne Fraktionsklausur 22./23. Januar 2026 in München

Bayern steht vor großen Herausforderungen: Steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsnot, Sorge um den Arbeitsplatz, die angespannte Wirtschaftslage und eine veränderte Sicherheitslage in Europa verunsichern viele Menschen. Wenn der Wocheneinkauf zur finanziellen Belastung wird, die eigenen vier Wände ein unerreichbarer Traum bleiben und dazu die Sorge kommt, ob Strom verlässlich weiterfließt und unsere Infrastruktur krisenresistent ist, muss die Politik handeln.

Die Landtags-Grünen haben das auf ihrer Winterklausur in München unter dem Motto „**Gut. Günstig. Grün. Wir sorgen vor für Bayern!**“ diskutiert und ein umfangreiches Maßnahmen-Paket geschnürt, das die Menschen in ihrem Alltag konkret entlastet, ihre Versorgung sichert und Bayern krisenfest für die Zukunft aufstellt.

Es gilt, den Menschen die Sorgen um Grundbedürfnisse zu nehmen und den Freistaat zugleich resilenter gegenüber Attacken von innen und außen zu machen.

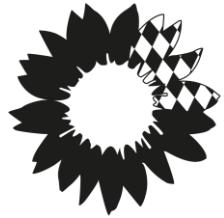
Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen, macht klar: „Es braucht ein Revival des bewährten Tandems ‘Bayern und Sicherheit’ – das als Begriffspaar einmal untrennbar verbunden war. Wir denken Sicherheit größer, es ist mehr als die wichtige Wehrhaftigkeit. Wir wollen das Grundgefühl eines guten und krisenfesten Lebens in Bayern wiederbeleben.“

Unser Weg dorthin fußt auf drei Säulen:

1. **Gutes Essen für alle – aus Bayern, für Bayern**
2. **Bauen und Wohnen für jeden Geldbeutel**
3. **Sicher versorgt mit stabiler Infrastruktur**

1. Gutes Essen für alle – aus Bayern, für Bayern

Gutes Essen ist mehr als reine Nahrungsaufnahme. Es hält uns gesund, sorgt für Genuss und ist ein Stück bayerische Lebensqualität. Doch für immer mehr Menschen ist der Gang zum Supermarkt mit Stress und Sorgen behaftet und mit dem Gefühl, dass man sich ohnehin nicht leisten kann, was gesund ist. Fast 60 Prozent der Menschen machen sich massive Sorgen, weil das Leben immer teurer wird, zeigt eine [aktuelle Umfrage](#). Und wo tut es am meisten weh? Eben beim Essen.



Die Landtags-Grünen wollen ein Bayern, in dem sich jede und jeder gutes Essen leisten kann – ohne Reue und ohne Angst vor einem sich immer weiter leerenden Geldbeutel. Und zugleich stärken wir den Freistaat und seine Erzeugerinnen und Erzeuger. Unser Ziel: ein resilientes Bayern, das sich selbst besser ernähren kann – gesund, ökologisch und zu fairen Preisen.

- **Preistransparenz und Marktmacht:** Wir fordern eine Sektoruntersuchung durch das Bundeskartellamt zur Begrenzung der Preismacht großer Handelsketten. Eine verpflichtende **Preisvergleich-App** für Supermärkte sowie eine neue **Preistransparenzstelle** (gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Bayern) machen Erzeugerpreise und faire Margen sichtbar.
- **Schutz vor Mogelpackungen:** Verpflichtende **Kennzeichnung von Shrinkflation** (weniger Inhalt zum gleichen Preis) nach Vorbildern etwa in Frankreich und Österreich.
- **Steuerliche Entlastung:** Wir fordern **0 % Mehrwertsteuer** auf Lebensmittel mit Bio-Siegel, z. B. EU-Bio-Siegel oder Bayerisches Bio-Siegel. Das entlastet gezielt Haushalte mit geringem Einkommen und schützt gleichzeitig unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Schon die temporäre Senkung 2020 zeigt, dass 70 Prozent der Entlastung bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen – das ist sozial gerecht.
- **Gesund in der Bildung:** Einführung eines **beitragsfreien, gesunden Mittagessens** für alle Ganztagskinder nach DGE-Standards (mind. 50 % Bio-Anteil). Dazu kommt ein pädagogisches Angebot: In Gärten und Küchen auf dem Gelände von Kindergärten, Kitas und Schulen bauen Kinder künftig auch Lebensmittel an und nehmen so das Wissen über Obst und Gemüse, deren Zubereitung und Wert mit. Ein kommunales Gärten- und Küchenprogramm unterstützt diese Angebote in Kitas und Schulen.
- **Strategie Selbstversorgung 2035:** Bayern soll bei Grundnahrungsmitteln einen bioregionalen **Selbstversorgungsgrad von 70–80 %** erreichen. Ein jährlicher Selbstversorgungsbericht macht Importabhängigkeiten transparent.
- **Innovation:** Gründung eines **Bayerischen Ausbildungszentrums Kochen** (analog zum dänischen Vorbild) für angehende Köchinnen und Köche und Küchenleiter*innen in Kooperation mit den Kompetenzzentren Kulmbach und Weidenbach, um Handwerk, KI-gestützte Warenwirtschaft und Regionalität zu vereinen. Das ist ein Update für die Berufsgruppe und zugleich ein scharfes Schwert gegen den Fachkräftemangel – damit unsere bayerischen Wirtshäuser und Gastronomiebetriebe auch künftig offenbleiben.



Statements:

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen:

„Gute Produkte und günstige Preise sind kein Widerspruch! Wir machen gutes Essen zum neuen Standard – nicht nur als Frage des Geschmacks, sondern der sozialen Gerechtigkeit. Unser Ziel ist ein Bayern, das sich selbst ernähren kann: regional, nachhaltig und zu fairen Preisen. Und in dem sich alle Menschen gesundes Essen aus ihrer Heimat leisten können.“

Laura Weber, Sprecherin für Verbraucherschutz:

„0-Prozent-Mehrwertsteuer auf Bio-Lebensmittel ist ein doppelter Gewinn: Wir entlasten die Menschen spürbar an der Ladenkasse und geben gleichzeitig unseren heimischen Bio-Betrieben einen gewaltigen Schub. Ohne die Strafsteuer auf gesundes Essen wird der Griff zum regionalen Produkt zur einfachsten Entscheidung des Tages. Und mit unserer Preisvergleich-App und Maßnahmen gegen Mogelpackungen geben wir den Menschen die Macht über ihren Kassenbon zurück. Das macht das Leben leichter und stärkt die Wirtschaft vor Ort!“

Mia Goller, Sprecherin für Landwirtschaft:

„Wir setzen auf einen neuen Produkt-Patriotismus: Wir stärken die Betriebe vor Ort, machen uns unabhängiger und sichern unseren bayerischen Landwirtinnen und Landwirten faire Preise durch stabile Abnehmer in Schulen und Kitas. Das ist moderne Landwirtschaftspolitik: Bayern macht sich resilenter gegen globale Krisen und bringt zugleich die Wertschöpfung zurück in unsere Dörfer.“

2. Bauen und Wohnen für jeden Geldbeutel

Die eigenen vier Wände sind der Ort, an dem wir uns sicher fühlen. Doch gerade für junge Familien ist dieser Traum oft unerreichbar, aufgrund von Bürokratie und explodierenden Kosten. Dazu kommt: Schon heute fehlen im Freistaat rund 233.000 Wohnungen – vor allem bezahlbare, das zeigt eine [aktuelle Studie](#), und die Lücke wird größer, weil seit Jahren zu wenig gebaut wird. Das eigene Zuhause darf kein Luxusgut sein.

Wir haben bereits im Sommer in einem [Positionspapier](#) wichtige Schritte vorgelegt. U. a. setzen wir auf **Umbauen statt Zubetonieren** und wir machen mit einer bayerischen Umbauordnung den Weg frei für Wohnungen, etwa in alten Büros.

Nun entwickeln wir das Thema Wohnen nochmal entscheidend weiter: Wir vereinfachen die Förderung und investieren massiv in neuen Wohnraum.

- Der „**Bayern-Bausparer**“: ein zentrales, digitales Förderkonto bei der **BayernLabo**, das alle Programme von Land, Bund, KfW und BAFA bündelt. Ein Antrag für alles – das spart Nerven und bis zu 10–15 % der Gesamtkosten (durchschnittlich 10.000 bis zu mehreren zehntausend Euro Ersparnis pro Familie).



- Direkte finanzielle Entlastung:
 - **Streichung der Grunderwerbsteuer** für das erste, selbst genutzte Eigenheim.
 - Bereitstellung **staatlicher Bürgschaften** als Eigenkapitalersatz.
- **Mehr Wohnraum statt mehr Wohngeld:** Aktuell geben Bund und Länder Milliarden aus, um die hohen Mieten auf dem privaten Markt künstlich bezahlbar zu halten. Mit den ständig steigenden Mietpreisen explodieren die Wohngeldkosten von Jahr zu Jahr förmlich. Allein 2025 flossen in Bund und Ländern fast fünf Milliarden Euro ins Wohngeld. Das ist wichtig, damit heute Menschen ihre Miete bezahlen können – doch so entsteht kein einziger Quadratmeter neuer Wohnraum. Langfristig braucht es eine klügere Lösung, weg von reinen Mietzuschüssen, hin zu mehr günstigem Wohnraum für alle! Rein rechnerisch könnten mit dem aktuellen Wohngeld-Budget jährlich fast 19.000 Wohnungen gebaut werden. Wir fordern deutlich mehr Neubau bezahlbarer Wohnungen in öffentlicher Hand statt immer höherer Wohngeldausgaben. Damit bekämpfen wir Wohnungsnot wirksam, schaffen nachhaltig mehr günstigen Wohnraum und stoppen die Mietpreis-Spirale nach oben.
- **Sozialwohnungen:** Wir fordern die **Verlängerung der Bindungsfristen** für Sozialwohnungen, um den jährlichen Wegfall von rund 3.000 Einheiten in Bayern zu stoppen.

Statements:

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen:

„Ein eigenes Zuhause gibt Wurzeln und Sicherheit. Doch die Preise schießen in den Himmel und der Staat hält beim Kauf auch noch kräftig die Hand auf. Wer sich selbst etwas aufbauen will, scheitert oft schon an diesen Hürden. Das ändern wir: Wir streichen die Grunderwerbsteuer für die erste, selbst genutzte Immobilie komplett und machen den Weg zum Traum vom Eigenheim wieder frei.“

Jürgen Mistol, Sprecher für Wohnen:

„Der Staat hat viele gute Förderinstrumente, aber sie greifen oft nicht ineinander. Stattdessen müssen sich Bürgerinnen und Bürger durch ein Dickicht aus Formularen kämpfen. Unser Bayern-Bausparer bündelt die Hilfen bei der BayernLabo und sorgt dafür, dass diese Gelder endlich unbürokratisch dort ankommen, wo sie gebraucht werden.“

Ursula Sowa, Sprecherin für Bau:

„Bauen und Sanieren muss einfacher gehen. Durch die Kombination von zinsgünstigen Darlehen und Tilgungszuschüssen senken wir die monatliche Belastung für junge Familien um Hunderte Euro und schützen gleichzeitig das Klima.“



3. Sicher versorgt mit stabiler Infrastruktur

Sicherheit ist das Fundament unserer Freiheit. Wenn in Berlin das Licht ausgeht, ist das ein Warnsignal auch für unseren Freistaat. Wir dürfen nicht warten, bis Bayern im Dunkeln sitzt. Es gilt jetzt, Sicherheitsnetze für unsere Bevölkerung aufzuspannen, besonders für die Verwundbarsten. Der Schutz unserer kritischen Infrastruktur (KRITIS) und der Bevölkerungsschutz sind Kernaufgaben des Staates. Wir beenden das „Schneckentempo“ der Staatsregierung.

- **Schutz hilfsbedürftiger Personen:** Wir fordern eine **freiwillige Vorsorgeliste für medizinisch hilfsbedürftige Personen** (z. B. beatmete Kinder oder pflegebedürftige Senioren). In Krisenfällen wie Stromausfällen müssen Rettungskräfte proaktiv wissen, wo lebensnotwendige Hilfe gebraucht wird.
- **Bayerisches Zivilschutzgesetz:** Wir wollen den Bevölkerungsschutz als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern im Grundgesetz verankern. Bayern braucht eine ressortübergreifende Lenkungsgruppe Zivile Verteidigung und eine landesweite Evakuierungsplanung (gemäß NATO-Vorgaben für zwei Prozent der Bevölkerung). Außerdem setzen wir uns für die Stärkung der Führungsgruppen Katastrophenschutz und verpflichtende staatliche Warntage ein, an denen alle Landkreise, Städte und Gemeinden mindestens einmal jährlich teilnehmen.
- **Verbindliches Mindestmaß an Schutz bei hybriden Angriffen:** Bisher gelten strenge Sicherheitsvorgaben oft erst für Versorger ab 500.000 Personen (darunter liegen häufig beispielsweise kommunale Wasserversorger) – wir wollen ein verbindliches Mindestmaß an Ausfallsicherheit, Notstromversorgung und Schutz vor hybriden Angriffen für **alle** örtlichen Versorger festschreiben. Außerdem muss die **Handlungsfähigkeit im „Inselbetrieb“** („Microgrids“) gestärkt werden durch Investitionen in die technische Infrastruktur. Damit die lokale Versorgung mit Strom und Wasser auch dann weiterläuft, wenn das große Übertragungsnetz durch Sabotage oder technische Defekte ausfällt.
- **Echtes Sirenenprogramm:** In Bayern fehlen über 10.000 Sirenen. Wir fordern ein massives **Investitionsprogramm** statt der aktuellen Haushaltskürzungen (minus 500.000 Euro in 2025), um eine flächendeckende Warnung innerhalb weniger Jahre statt Jahrzehnte zu garantieren.
- **Helfergleichstellung jetzt:** Die rund 180.000 Ehrenamtlichen im Rettungsdienst und Katastrophenschutz (BRK, Malteser, Johanniter, DLRG etc.) müssen rechtlich endlich den Kräften der Feuerwehr und des THW gleichstellt werden – inklusive Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsanspruch für Aus- und Fortbildungen. Ein [Grünen-Gesetzentwurf](#) liegt dazu längst vor.
- **Vorbereitung auf den Ernstfall:** Wir verankern Erste Hilfe und Katastrophenschutz noch fester in den Schulen. Mit landesweiten Aktionstagen bringen wir die Profis der „Blaulicht-Familie“ direkt in die Klassenzimmer.

Es ist wichtig, früh ein Bewusstsein für diese Themen zu schaffen, damit die Menschen lernen, wie sie sich selbst konkret schützen können. Wir wollen sensibilisieren und das Vertrauen in die eigene Kraft stärken: Wer weiß, was zu tun ist, verliert die Angst und wird im Notfall selbst zur Hilfe für andere.



- **Notfall-Rucksack für jeden Haushalt:** Wir wollen, dass Sicherheit in jedem bayerischen Haushalt einen festen Platz hat. Deshalb fordern wir ein staatliches Vorsorge-Paket für alle Bürgerinnen und Bürger: Der Freistaat verschickt einen Basis-Notfallrucksack an jeden Haushalt. Bestückt mit dem Nötigsten – von der Rettungsdecke über Taschenlampe und Verbandszeug bis zur Atemschutzmaske – wird er zum greifbaren Schutzanker im Flur.

Dieser Rucksack dient als Kompass im Krisenfall. Beigelegtes Infomaterial erklärt klipp und klar: Was tun, wenn das Licht ausgeht? Wie erkenne ich echte Warnungen und schütze mich vor Falschnachrichten? So verwandeln wir Angst in Handlungsfähigkeit.

Statements:

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen:

„Wir erleben eine sicherheitspolitische Zeitenwende. Es reicht nicht, nur über Ausrüstung zu sprechen – wir müssen unsere Bevölkerung aktiv schützen und ermächtigen. Bayern muss in der Lage sein, seine verletzlichsten Bürgerinnen und Bürger zu identifizieren und zu versorgen, selbst wenn einmal plötzlich das Licht ausgeht. Und allen anderen gibt der Notfallrucksack im Schrank das gute Gefühl: Ich bin vorbereitet. So holen wir die Katastrophenhilfe direkt in die Wohnzimmer. Das ist moderne Sicherheitspolitik, die anpackt, statt nur zu mahnen.“

„Wir gehen aus dieser Winterklausur mit einer klaren Botschaft: Wir haben einen Plan für Bayern. Und Lösungen, die man im Alltag spürt: am Küchentisch, wenn das gesunde Essen bezahlbar ist. Beim Blick auf den Kontostand, wenn die Miete nicht mehr alles auffrisst. Und im sicheren Gefühl, dass unser Staat uns gut gerüstet hat, wenn es hart auf hart kommt.“

Florian Siekmann, Sprecher für Inneres:

„Dass die Staatsregierung beim Sirenenausbau im Schneekentempo verharrt und noch immer keinen Plan für die Vorbereitung der Bevölkerung auf den Ernstfall hat, ist unverantwortlich. Wir brauchen ein starkes bayerisches Programm für den Bevölkerungsschutz – damit im Krisenfall niemand allein gelassen wird.“

„Unsere Ehrenamtlichen sind das Rückgrat Bayerns. Wer für uns den Kopf hinhält, verdient eine echte gesetzliche Helfergleichstellung. Es ist beschämend, dass die Staatsregierung hier immer noch und trotz aller Versprechen ehrenamtliche Einsatzkräfte im Rettungsdienst und Katastrophenschutz hängen lässt.“

München, 23. Januar 2026